

DER ERSTE SPD-STADTRAT IN MÜNCHEN

Im Jahr 1893 war Johann Georg Birk der erste sozialdemokratische Gemeindebevollmächtigte im Münchner Rathaus. Mieterschutz und der Ausbau einer menschenwürdigen Armen- und Waisenpflege waren seine politischen Schwerpunkte. Rund 20 Jahre später, 1914, wurde die SPD mit 22 Sitzen stärkste Fraktion des 60-köpfigen »Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten«, wie der ehrenamtliche Stadtrat damals hieß. Mit Eduard Schmid wurde 1919 nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts schließlich erstmals ein Sozialdemokrat erster Bürgermeister der Landeshauptstadt (bis 1924).



Johann Georg Birk
1829–1924



Auguste Halbmeier
1867–1955

DIE ERSTEN STADTRÄTINNEN

Nach der Einführung des Frauenwahlrechts wurden Frauen auch in die Gemeindeparlamente gewählt. 1919 zogen die ersten sozialdemokratischen Stadträtinnen ins Münchner Rathaus ein: Auguste Halbmeier (1867–1955) und Hedwig Kämpfer (1898–1947), die beide der USPD angehörten.

Auguste Halbmeier wechselte 1923 zur SPD und blieb bis 1929 im Stadtrat. Von Beruf Pflegerin, engagierte sie sich v. a. in der Sozialpolitik und gehörte auch lange zur Führung der Münchner SPD. Hedwig Kämpfer setzte sich sehr aktiv für die Gleichberechtigung der Frau ein und war 1919 auch Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung in Bayern.

KOMMUNALPOLITIK



Trümmerfrauen in Würzburg

WIEDERAUFBAU NACH DEM KRIEG

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lagen v. a. die bayerischen Städte in Trümmern. Zunächst stand daher die Schaffung von Wohnraum im Zentrum der Politik. Unter Wilhelm Hoegner wurde der soziale Wohnungsbau intensiv gefördert: Jedes Jahr wurden

über 35.000 neue Wohnungen in ganz Bayern errichtet. Viele Stadtplaner sahen die Zerstörungen als Chance für einen radikalen Neuanfang. Sie wollten die Innenstädte nach den Vorstellungen der 1950er Jahre modern wieder aufbauen: aufgelockert, autogerecht und grüner. Die Bevölkerung war hingegen eher traditionell und wünschte sich die altbekannten Stadtbilder zurück. Vor allem in der Münchner Innenstadt wurden viele der alten Baudenkmäler gerettet und wiederaufgebaut.

ERFOLGE 2008

Obgleich die Kommunalwahlen 2008 mit 22,6% bayernweit keinen Erfolg für die SPD brachten, setzten sich in den meisten bayerischen Großstädten sozialdemokratische Bürgermeister durch: München, Nürnberg, Fürth, Würzburg, Coburg und Passau werden (weiterhin) sozialdemokratisch regiert. Nur in Augsburg unterlag der amtierende OB Paul Wengert dem CSU-Bewerber. Spitzenreiter war 2008 Thomas Jung in Fürth mit einem Ergebnis von 80,1%. In vielen kleineren Gemeinden gewannen sozialdemokratische Bewerber aufgrund ihrer persönlichen Beliebtheit, auch wenn ihre Partei weniger gut abgeschnitten hat. Neun der bayerischen Landkreise werden von Sozialdemokraten geführt.

SPD FÜHRENDE KRAFT IN DEN STÄDTEN

Die SPD in Bayern konnte bei Kommunalwahlen in den Städten oft spektakuläre Erfolge verzeichnen. Während sie bei den Kommunalwahlen 1948 in den kreisfreien Städten nur 29,7% der Stimmen erzielte, kam sie 1966 auf 50,8%.

Die beiden größten bayerischen Städte werden seit 1946, jeweils mit einer Unterbrechung von sechs Jahren, von SPD-Bürgermeistern regiert.

In Nürnberg prägte 30 Jahre lang (1957–1987) der SPD-OB Andreas Urschlechter die Stadtpolitik (der allerdings 1982 aus der Partei austrat). In München erreichte die SPD 1962 bei der Wahl Hans-Jochen Vogels zum ersten Mal die absolute Mehrheit im Stadtrat. 1966 stellte die SPD in Bayern 15 Oberbürgermeister und 379 Erste Bürgermeister. In kleineren Orten war die Wahl eines SPD-Bürgermeisters oft Vorbote für einen Erfolg bei den Gemeindewahlen. 1964 konnte die SPD auch 16 Landratsposten in Bayern besetzen.

LANGFRISTIGE VORSORGE FÜR DIE BÜRGER

Die bayerische SPD hat sich immer dafür eingesetzt, dass städtische Betriebe wie Stadtwerke oder Verkehrsbetriebe nicht privatisiert werden. Ein Verkauf brächte zwar kurzfristig Geld in die Kassen, die Gemeinden würden aber ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten verlieren.

Die kommunalen Unternehmen haben den Auftrag, alle Bürgerinnen und Bürger zuverlässig und günstig zu versorgen. Sie sind wichtig für eine nachhaltige Energie- und Verkehrspolitik und eine sinnvolle Stadtentwicklung. Diese sogenannte kommunale Daseinsvorsorge darf deshalb nach Meinung der SPD nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen werden, sondern muss unter demokratischer Kontrolle bleiben.



Die Oberbürgermeister
Thomas Jung, Christian Ullé,
Ulrich May (v. l.)